

# Schlussverkauf mit einem Stadtfest verbinden

## Bundesjustizministerin Zypries sprach über Wettbewerbsrecht und Anlegerschutz – Einladung von früheren Kommilitonen

Gießen (süd). Über Wettbewerbsrecht und Anlegerschutz für Kleinanleger referierte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries bei ihrem Besuch in Gießen am Freitagnachmittag in der Kanzlei »Greilich, Hirschmann und Coll.«. Dabei ging sie auf den Winter- und Sommerschlussverkauf ebenso ein wie auf lästige E-Mail-Werbung. Rund 100 Mandanten, Kollegen sowie Vertreter aus Verwaltung und Wirtschaft nahmen an der

Bei der Reform des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb habe sie drei Ziele, erläuterte Zypries. Verbraucher schützen, wo es nötig ist, die Eigenverantwortung der Verbraucher stärken und den Wettbewerb liberalisieren. Dazu gehört für die Ministerin das ersatzlose Streichen von Sonderveranstaltungen im Sinne der regelnden Form – einschließlich Jubiläums- und Schlussverkäufen. Wenn der Handel in einer Stadt einig sei, könne er weiterhin gezielte Rabattaktionen anbieten – in Verbindung mit einem Stadtfest zum Beispiel, sagte Zypries. Die Liberalisierung hält sie auch im internationalen Wettbewerb für wichtig; sie entspreche »verbraucherfreundlicher Politik«. Unlautere Geschäftspraktiken sollen weiterhin per Gesetz verboten bleiben. Irreführende Werbung oder Lockvogelangebote seien nicht hinnehmbar. Wer mit dem Versprechen »so lange der Vorrat reicht« Kunden anlockt, »muss auch eine signifikante Menge vorrätig haben«, sagte Zypries.

Gesetzlich schützen will sie die Bürger vor »belästigender Werbung«, wo dies möglich ist. Das Gesetz werde derzeit in den Ausschüssen beraten. Die Justizministerin rechnet damit, dass es im Frühjahr 2004 in Kraft tritt.

Ein breites Bündel an Maßnahmen ist zum Schutz von Kleinanlegern und zur Stärkung der Integrität von Unternehmen geplant. Allerdings setzt die Ministerin zunächst auf Selbstregulierung, wie sie beispielsweise die »Cromme-Kommission« vorschläge. Die Unternehmen sollen die Vergütung ihrer Manager und Aufsichtsräte offen legen. Dabei gehe es nicht um eine Neid Diskussion, sondern um Transparenz, betonte Zypries. Die Aktionäre »sollen wissen, was der Vorstand für seine Leistung an Lohn bekommt«.

Veranstaltung in den Räumen der Sozietät teil. »Wolfgang Greilich, Jürgen Hirschmann und ich haben zusammen in Gießen studiert und immer Kontakt gehalten«, erklärte Zypries, warum sie diesen für eine Ministerin ungewöhnlichen Termin wahrgenommen hatte. Außerdem habe er sich gut mit ihrer Festrede bei der Doktorandenfeier der JLU und weiteren Gesprächen in Gießen – darunter auch privaten – vereinbaren lassen.



Ehemalige Studienkollegen wieder an einem Tisch: Bundesjustizministerin Brigitte Zypries mit den Gießener Rechtsanwältinnen Wolfgang Greilich (l.) und Jürgen Hirschmann. (Foto: süd)

»Die Stärkung der Wirtschaft und die Sicherung von Verbraucherrechten sind keine Gegensätze. Ich will beides miteinander harmonisieren«, meinte Zypries abschließend und stellte sich der Diskussion. »Frage Sie – die Gelegenheit ist wohl relativ einmalig«, sagte Wolfgang Greilich und mischte sich mit dem Mikrofon unter die Gäste.

Verbraucherverbände und die Zentrale gegen unlauteren Wettbewerb seien sehr engagiert; es reiche aus, wenn diese und nicht einzelne Bürger gegen irreführende Werbung klagen könnten, beantwortete die Ministerin eine entsprechende Frage. Kritisch sah ein Teilnehmer die Offenlegung der Managergehälter. Wichtiger sei eine vernünftige Aktienkultur in Deutschland.

Ob die Klagemöglichkeit für Kleinanleger aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen

Möglichkeiten ein stumpfes Schwert sei, wurde gefragt. Das Problem wolle man durch die Zulassung von Musterprozessen lösen, so Zypries. Die Ministerin überzeugte beim Auftritt in kleinem Rahmen: »Die ist aber locker drauf«, staunte ein Gast. Ex-Kommilitone Jürgen Hirschmann überreichte Blumen und den Kaler der Helmut-von-Bracken-Schule.

Für die Gießener Kanzlei war es bereits der dritte Ministerbesuch. Ebenfalls aufgrund persönlicher Kontakte hatten 1998 der damalige Bundesjustizminister Prof. Edzard Schmidt-Jortzig und 2000 der hessische Justizminister Dr. Christean Wagner zur Rechtspolitik referiert.